Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochen-Beiblätter: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus und Garten", Wihblatt „U.K.". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8.25 Mark, evtl. Zustellungsgebühr. Ausland evtl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2.75 Mark, vierteljährlich 8.25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark, Feldpost-Abonnements 8.25 Mark monatlich. Für Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für d. Fernverkehr Nr. 1427—1429), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigenpreis: Zeile M. 1.50 u. 30% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 1.50 die Zeile. Inserat- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 105; Potsdam. Str. 63; Zimmerstr. 89; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 40; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Kaiserscher Str. 67/68; Rathenow. Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Chr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 206; Frankf. Allee 96; Blücherstr. 62; Wiener Str. 56; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 136; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Mirbach Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Wilmersd.: Frankf. Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Wollankstr. 1; Schmargendorf: Breite Str. 19; Schöneberg: Hauptstr. 59/54; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 97
48. Jahrgang

Sonnabend
1. März 1919

Preußische Staatsbibliothek Berlin

Für einen neuen Rätekongreß.

Die Tagung der Berliner Arbeiterräte.

P. M. Die gestrige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte in den Germaniasälen galt der Einberufung eines zweiten Rätekongresses, der im wesentlichen über die Durchführung der Sozialisierung beraten und beschließen soll. Nacheinander erhielten die Sprecher der vier Fraktionen des Arbeiterrats, der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Mehrheitssozialdemokraten, der Demokraten und der neugebildeten kommunistischen Fraktion, zur Begründung ihrer Stellung zum Rätekongreß das Wort. Der Vorsitzende des Vollzugsrats Richard Müller begann den Reigen mit einer ausführlichen Erörterung der wirtschaftlichen Lage, die er als vollständige Anarchie kennzeichnete. Nach Möglichkeit war er bestrebt alle Schuld auf die Regierung und die Unternehmer abzuwälzen, während er nicht bloß für die Arbeiter im allgemeinen, sondern auch für die spartacistischen Wühlereien entschuldigende Worte fand. Nach seiner Meinung können die Verhältnisse nur besser werden, wenn die Räte die Kontrolle über die Betriebe erhalten und das Rätesystem fest verankert wird. Für den Fall, daß man tatsächlich die Sozialisierung in Angriff nehmen wollte, glaubte er in Aussicht stellen zu können, daß dann die Arbeiterschaft Tag und Nacht arbeiten würde. Am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede empfahl Müller eine scharfe Resolution für die Sozialisierung und gegen Regierung und Kapitalismus.

Der Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten, Kaliski, suchte die Einseitigkeiten des ersten Redners wieder gutzumachen, indem er darauf hinwies, daß auch die Arbeiter reichliche Schuld an den heutigen Zuständen trügen: ganz besonders wirkungsvoll war die Erinnerung an Eisner, der einst als Revisionist von denselben Berliner Sozialdemokraten verfemt worden war, die ihn heute verherrlichen, obgleich Eisner damals derselbe Revolutionär wie jetzt gewesen sei. Weiter empfahl er einen Neubau des Rätesystems, das in einem Parlament der Arbeit gipfeln und neben der Nationalversammlung in Aktion treten solle. Gegen diesen Plan wandte der Vertreter der Freien demokratischen Fraktion ein, daß dann nicht bloß das Zweikammersystem wiederkommen, sondern, wenn auch das Staatenhaus verwirklicht werde, sogar drei Parlamente nebeneinander bestehen würden, was notwendig zu Konflikten und Unzuträglichkeiten führen müsse. Er stellte sich auf den Standpunkt der entschiedenen Demokratie und legte den Nachdruck auf die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterräte. Im Zweikammersystem wiederkommen, sondern, wenn auch das Rätekongresses ein, um das Rätesystem organisch auszubauen und seine wirtschaftlichen Befugnisse festzulegen.

Dann gab es eine Unterbrechung. Wie seinerzeit auf dem ersten Rätekongreß, erschien eine Arbeiterdeputation aus Hennigsdorf, die angeblich im Namen von Tausenden von Arbeitern sprach und den Generalstreik forderte. Wie sich später herausstellte, handelte es sich dabei um eine spartacistische Aktion, die über den Kopf der Arbeiterräte von Hennigsdorf hinweg unternommen worden war. Am Schluß der Versammlung kam es denn auch über diese Hennigsdorfer Forderung zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und der übrigen Versammlung. Auch der Vorsitzende Richard Müller, der offenbar den Fehler bereute, der Deputation überhaupt das Wort verstattet zu haben, wandte sich mit scharfen Worten gegen diesen Putschversuch und betonte die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der gesamten Arbeiter. Da ohnehin der Saal wegen der Vorbereitungen zu einem Maskenball geräumt werden mußte, so forderte Herr Müller die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung folgte diesem Rat, aber die Kommunisten tobten im entleerten Saale noch lange weiter.

Vorher hatte noch ein Vertreter der kommunistischen Fraktion das Wort zur Einberufung des Rätekongresses erhalten. Er hielt eine wirre Rede gegen den Parlamentarismus, erklärte, daß die „Demokratie mit dem Stimmzettel" völlig überholt sei und sprach sich schließlich für die Allmacht der Arbeiterräte aus, aber nur solcher Arbeiterräte, die Proletarier seien. Seine phrasenhaften Resolutionen wurden von der Versammlung glatt abgelehnt. Dafür ergab sich eine bemerkenswerte Einigung zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Mehrheitssozialdemokratie. Die Müllersche Resolution wurde etwas umgeändert und in dieser Form von dem größten Teil der Versammlung angenommen. Nur die Demokraten lehnten die ersten Sätze, die der Nationalversammlung, der Regierung und dem Kapital den Kampf ansagten, ab, stimmten aber gleichfalls für die Forderung eines Rätekongresses zur Verhütung einer wirtschaftlichen Katastrophe. Zugleich wurde beschlossen, die Resolution der Regierung in Weimar telegraphisch zu übermitteln.

Weiter wurde der Beschluß gefaßt, eine Kommission aus sämtlichen Fraktionen zu bilden die sich mit der Vorbereitung für die dem Rätekongreß zu unterbreitenden Vorlagen beschäftigen soll. Dann wurde noch die in der vorigen Sitzung beschlossene Neuwahl der Vollzugsratsmitglieder vorgenommen die weitere Tagesordnung aber auf eine neue Vollversammlung verschoben, die am nächsten Dienstag stattfinden soll. Offenbar erwartete man bis dahin eine zustimmende Antwort der Regierung, um im anderen Fall an die Arbeiter zu appellieren. Auch die Reichsregierung wird gut tun, das Ventil, das unter den augenblicklichen Verhältnissen in der Einberufung eines Rätekongresses erblickt werden muß, nicht zu verschließen. Nach der Stimmung in der gestrigen Versammlung zu urteilen, sind die beiden sozialdemokratischen Parteien, soweit sie sich auf die Arbeiterräte stützen, entschlossen, gemeinsam vorzugehen.

*

Zu dieser Einigung zwischen den Unabhängigen und den mehrheitssozialistischen Arbeiterräten paßt ein Artikel, der gestern abend im „Vorwärts" erschienen ist. Er trägt die Ueberschrift „Gewitterstimmung", und der „Vorwärts" betont, daß es sich um eine Zuschrift „aus Parteikreisen" handele. In diesem Artikel wird gesagt, daß gewisse Arbeitgeberkreise „durch passive Resistenz, Stillegung der Betriebe und sonstige Maßnahmen" noch mehr Verwirrung in das Wirtschaftsleben trügen, „in dem Moment, wo nicht die fetten Verdienste wie während des Krieges mühelos eingestrichen werden können". Dann aber wendet der Verfasser sich gegen die Regierung, und besonders gegen die Mehrheitssozialisten in der Regierung, und gegen die Nationalversammlung, welche die Hoffnungen der Arbeiter rapide enttäuscht habe. „Es durfte", sagt er, „erwartet werden, daß Notgesetze über die Fragen des Wohnungswuchers, Lebensmittelbewirtschaftung, Arbeitsfragen, Siedelungsfragen, Verbesserung des Arbeiterrechts, Demokratisierung der Betriebe als das allernotwendigste beraten und zur Durchführung gebracht würden. Damit hätte man sich Popularität selbst bei denen gesichert, die abseits standen, und Beruhigung ins Volk getragen." Weiter heißt es in dem Artikel:

„Wenn unsere Genossen in der Regierung trotz der demokratischen Mehrheit nicht mal die demokratischen Forderungen während der verflossenen Wochen klar präzisiert bekanntgeben konnten, dann ist es an der Zeit, offen auszusprechen, daß zur Freiwerdung der negativ wirkenden Kraft **die Regierungsmitglieder unbedingt zurücktreten müssen** in logischer Konsequenz nach parlamentarischen Regeln. Dann werden nur diejenigen wieder die Verantwortung tragen, die uns ins Unglück gestürzt haben. Die Abrechnung des gesamten Proletariats wird dann mit elementarer Gewalt über diejenigen hereinbrechen, die jetzt aus Hartnäckigkeit und ererbter Behäbigkeit glauben, dem Volk auch weiterhin alles bieten zu können."

Sieht man von der in den letzten Sätzen enthaltenen Drohung und dem Versuche, die Mehrheitssozialisten allein auf Kosten anderer zu entlasten, ab, so kann man zugeben, daß der Artikel mancherlei Zutreffendes ausspricht. So sehr wir der Meinung sind, daß die bolschewistische Unterdrückung großer Volksteile entschiedene Abwehr — sei es in der Form

Vorübergehende Verhaftung der Kommunisten im bayerischen Rätekongreß.

Wiederfreilassung der Verhafteten. — Der Antrag auf Ausrufung der Räterepublik abgelehnt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 28. Februar.

Die politische Lage hat heute nachmittag wiederum eine schwere Erschütterung erlitten. In der heutigen Nachmittagssitzung des Rätekongresses kam es zu einem bedeutungsvollen Zwischenfall. Die **Kommunisten Dr. Levien, Mühsam und Kronauer wurden mitten in der Sitzung von einem Trupp eindringender Soldaten verhaftet und abgeführt.** Der aufregende Vorfall spielte sich folgendermaßen ab:

Man war kurz vor der Einigung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen über den mitgeteilten Antrag angelangt und Minister Unterleithner hielt gerade gegen die Warnungsrufe Dr. Levienes eine beifällig aufgenommene Rede, die sich auch für die Einigung einsetzte, beendet, als aus der Tür rechts etwa 10 bis 12 Soldaten mit vorgehaltenen Pistolen in den Saal eindrangen. „Hände hoch!" riefen sie in den Saal. Sekundenlang herrschte [illegible] Stille. Die Pistolen der Soldaten richteten sich auf die Tribünen. Es wurde sofort die Räumung der Tribünen befohlen; die Pressetribüne durfte belegt bleiben. Ein Soldat sprang unterdessen auf die Präsidentenestrade und rief in den Saal: **„Wir können uns nicht länger mehr von Lumpen von der Straße terrorisieren lassen!"** Andere Soldaten suchten Dr. Levien zu packen, der aber sprang über den Ministertisch in den Saal und suchte zu entkommen. Die Soldaten fingen ihn aber ein und führten ihn ab. Andere ergriffen Mühsam, Kronauer und weitere Mitglieder des revolutionären Arbeiterrates. Ein wilder, ohrenbetäubender Lärm erhob sich unter den Delegierten. Der Präsident Niekisch versuchte sich vergeblich verständlich zu machen. Er beteuerte auf Ehrenwort, daß die Leitung des Kongresses nicht das mindeste mit diesem Zwischenfall zu tun habe. Der Lärm tobte weiter. Der Präsident stellte weiter fest, daß vom Führer der Truppen erklärt worden sei, der Stadtkommandant Dürr, der provisorische Kriegsminister Scheid, der Polizeipräsident Steiner, die alle zu den Mehrheitssozialisten gehören, die gesamte Garnison und die Gewerkschaften stünden hinter diesen Vorgängen; sie ließen sich auf keinen Fall mehr von ein paar Leuten terrorisieren.

Später wurde bekannt, daß es Vermittlern gelungen sei, die Soldaten zu veranlassen, daß sie die Verhafteten freiließen. Dr. Levien erschien auch bald wieder im Saal; er trug leichte Verletzungen im Gesicht. Zur Klärung der Zusammenhänge wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt. Die Sitzung wurde deshalb auf eine Stunde unterbrochen.

Unterdessen war draußen **der Landtag abgesperrt worden.** Berittene Truppen waren angerückt. Wilde Erregung ging durch das Landtagsviertel. Es hieß, der ganze Kongreß werde verhaftet werden. Von den Mehrheitssozialisten seien von auswärts Truppen herbeigerufen worden, so von Nürnberg, wo das gesamte Armeekorps sich gegen die Räterepublik gewandt hätte, von Ingolstadt und Olfing.

Die Kommunistenpartei, die zuerst im Verdacht stand, die ganze Sache kurz vor der Einigung zwischen Mehrheit und Unabhängigen arrangiert zu haben, läßt erklären, sie habe nichts mit der Sache zu tun. Es sei zuverlässig festgestellt worden, daß ein Haftbefehl, handschriftlich vom Stadtkommandanten unterzeichnet, gegen Levien, Mühsam, Kronauer, Hagemeister, Landauer, Jung und Wadler erlassen worden sei.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung spricht Präsident Niekisch seine Empörung und sein Bedauern über die Vorgänge aus. Es wird wieder in die Debatte über den schon mitgeteilten Antrag eingetreten, in den noch der Zusatz eingefügt wurde, daß dem Landes-Arbeiter- Bauern- und Soldatenrat das Recht zustehe, Gesetzentwürfe dem Landtage vorzulegen und gegen Parlamentsbeschlüsse die Entscheidung des gesamten Volkes anzurufen. Schröder von den Unabhängigen spricht für den Antrag, Levien dagegen, weil nach diesem Antrag bekanntlich der Landtag wieder einberufen werden soll. Dann kommt es zur Abstimmung. **Ein Antrag Mühsam und Genossen auf sofortige Ausrufung der Räterepublik wird in namentlicher Abstimmung mit 234 gegen 70 Stimmen abgelehnt.** Der Antrag auf Schaffung des Provisoriums wird mit allen gegen 13 Stimmen angenommen. **Damit ist die Ausrufung der Räterepublik gefallen.**

Ein neues Dilemma setzt ein. Es wird im Anschluß noch ein Antrag durchgebracht, demzufolge der Zentralrat zusammen mit den Delegierten der einzelnen Räte heute nacht das Ministerium bestimmen soll. Dr. Levien, Hagemeister und Sauber erklären daraufhin ihren Austritt aus dem Zentralrat; Wadler und der gesamte revolutionäre Arbeiterrat kündigen dem Aktionsausschuß ihre Mitarbeit auf wegen der Ablehnung der Räterepublik und lehnen jede Verantwortung für die kommenden Geschehnisse ab.

Der provisorische Kriegsminister Scheid läßt erklären, daß er sein Amt in die Hände des Zentralrates zurücklege. Er verwahre sich dagegen, an den heutigen Vorgängen beteiligt zu sein; er habe nur erklärt, wenn die Räterepublik abgelehnt würde und dann der Terror der Radikalen trotzdem noch anpauere, werde er seine Zustimmung zu Maßnahmen gegen die Terroristen geben.

Vor dem Landtag finden Massenansammlungen statt. Die Soldaten erklären, daß sie sich hinter jede rein sozialistische Republik stellen und den Kongreß wie das Proletariat, gleichviel welcher Richtung, schützen werden.

Die Sitzung wird in später Abendstunde auf morgen früh **vertagt.** Was sich aus der geschaffenen Lage trotz des Sieges der Mehrheit ergeben wird, ist noch nicht abzusehen.